

 **Stadt.** **Land.** **Bach.**Für den Landkreis
München in Berlin.**Bela Bach MdB**

Liebe Leserin, lieber Leser,

Wie im vergangenen Newsletter angekündigt, möchte ich Dir gerne den Sondernewsletter zum Konjunkturpaket zusenden.

Sozial stark, wirtschaftlich aufstrebend, ökologisch-innovativ und europäisch: Das sind die vier tragenden Säulen zur Stärkung der deutschen Konjunktur. Es handelt sich um das größte Konjunkturpaket aller Zeiten. Auf diese Weise sollen Wirtschaft und Beschäftigung schnell wieder in Fahrt kommen. Ein "weiter so" wird es mit uns als SPD nicht geben! Das Paket ist deshalb auch ein Beitrag hin zu einem ökologischen Umbau unserer Energiewirtschaft und für die Erreichung der vereinbarten Klimaziele.

Ab dem 1. Juli beginnen wir damit, 130 Milliarden Euro zu investieren. Das Geld geht zu großen Teilen in die soziale Absicherung, den Schutz der Arbeitnehmer*innen in Form des Kurzarbeitergeldes sowie in die Stützung von Selbständigen, kleineren und mittleren Betrieben, welche von der Coronakrise besonders stark betroffen sind. Die Schwerpunkte: Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern, die Kaufkraft für alle Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen stärken, Familien entlasten, die Kommunen kräftig unterstützen und umfangreiche Investitionen in moderne Klimatechnologien.

Viel Spass bei der Lektüre,

Deine

#Mehrwertsteuer hinunter,

Konjunktur hinauf!

Zur Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland wird befristet vom 1.7.2020 bis zum 31.12.2020 der Mehrwertsteuersatz von 19% auf 16% und von 7% auf 5% gesenkt. Auf diese Art werden unabhängig vom Einkommen jeglicher Konsum und nahezu alle Dienstleistungen steuerlich entlastet.

#300 Euro Kinderbonus

und eine Milliarde für bessere Kitas

Die Bundesregierung wird pro Kind einmalig 300 Euro auszahlen.

Laut Familienministerin Franziska Giffey soll er im September und im Oktober in zwei Tranchen, von je 150 Euro an kindergeldberechtigte Eltern ausgezahlt werden. Das kostet den Bund 4,3 Milliarden Euro. Der Kinderbonus wird an den Elternteil von kindergeldberechtigten Kindern ausgezahlt. Bei getrennt lebenden Elternteilen ist das jener Elternteil, der auch sonst das monatliche Kindergeld empfängt. Familien mit mittleren und kleinen Einkommen werden bei der Steuererklärung begünstigt. Bei Beziehern von ALG II wird der Bonus nicht verrechnet, sodass unter dem Strich mehr übrig bleibt. Für Erweiterungen, Umbauten oder Neubauten von Kitas und Krippen fließt zusätzlich eine Milliarde Euro - auch, um coronabedingt die Hygienesituation zu verbessern.

#Alleinerziehende Mütter und

Väter werden steuerlich gestärkt

Aufgrund des gestiegenen Betreuungsaufwands für Alleinerziehende und den damit verursachten Aufwendungen während der Corona-Pandemie verdoppeln wir den Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende von derzeit 1.908 Euro auf 4.000 Euro für die Jahre 2020 und 2021. Die Maßnahme ist auf zwei Jahre befristet.

#Strompreis sinkt für alle,

Deckel für Photovoltaik wird endlich abgeschafft!

Privathaushalte und Unternehmen profitieren bald von sinkenden Strompreisen. Die Kombination aus reduzierter Mehrwertsteuer und Absenkung der EEG-Umlage führt unter dem Strich zu einer Entlastung der Bürger*innen. Die EEG-Umlage soll auf 6,5 Cent pro Kilowattstunde im kommenden Jahr sinken, 2022 auf 6,0 Cent. Derzeit beträgt sie 6,76 Cent.

Auf diese Weise dämpfen wir den Anstieg der Strompreise für 2021 und sorgen zusätzlich für wettbewerbsfähige Strompreise. Niedrige Strompreise sind ein wesentlicher Faktor für Investitionen am Standort Deutschland, insbesondere in Hinblick auf die Energiewende hin zu strom- und wasserstoffbasierten Technologien. Hierfür geben wir einen Zuschuss zur EEG-Umlage in Höhe von 11 Milliarden Euro. Der Deckel für den Ausbau der Photovoltaik wird abgeschafft und das Ausbau-Ziel für Offshore-Windenergie wird angehoben.

#Überbrückungshilfen

für notleidende Branchen

Zur Sicherung der Existenz von kleinen und mittelständischen Unternehmen wird für den coronabedingten Umsatzausfall ein **Programm für Überbrückungshilfen eingerichtet**. Das Volumen des Programms wird auf maximal 25 Mrd. Euro festgelegt. Die Überbrückungshilfe wird für die Monate Juni bis August 2020 gewährt. Die Überbrückungshilfe gilt branchenübergreifend, wobei den Besonderheiten der besonders betroffenen Branchen angemessen Rechnung zu tragen ist. Hierzu zählen insbesondere das **Hotel- und Gaststättengewerbe, Caterer, Kneipen, Clubs und Bars, als Sozialunternehmen geführte Übernachtungsstätten wie Jugendherbergen, Schullandheime, Träger von Jugendeinrichtungen des internationalen Jugendaustauschs, Einrichtungen der Behindertenhilfe, Reisebüros, Profisportvereine der unteren Ligen, Schausteller, Unternehmen der Veranstaltungslogistik sowie Unternehmen im Messeveranstaltungsbereich**.

Erstattet werden sollen fixe Betriebskosten, bis zu einem Betrag von 150.000 Euro für drei Monate. Antragsberechtigt sind (a.) Unternehmen, deren Umsätze coronabedingt im April und Mai 2020 um mindestens 60 % gegenüber April und Mai 2019 rückgängig gewesen sind und (b.) deren Umsatzrückgänge in den Monaten Juni bis August 2020 um mindestens 50 % fortauern. Ab September 2020 wird für Angestellte außerdem geprüft, ob und wie das Kurzarbeitergeld über das Jahresende 2020 hinaus verlängert werden kann.

#Stabile Sozialbeiträge helfen

Arbeitnehmern und Unternehmen

Infolge der Corona-Krise steigen die Ausgaben in allen Sozialversicherungen. Um eine parallele Steigerung der Lohnnebenkosten zu verhindern, setzen wir die "Sozialgarantie 2021" um. Die Sozialversicherungsbeiträge werden demnach bei maximal 40 Prozent stabilisiert, dafür sorgen die Milliarden-Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Die "Sozialgarantie 2021" kostet für 2020 ca. 5,3 Milliarden Euro. Mit diesem Schritt schützen wir die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer und wir geben den Arbeitgebern gleichzeitig die Verlässlichkeit, die sie in unsicheren Zeiten gut gebrauchen können.

#Schutzschirm

für Auszubildende

Corona beschränkt unsere Gegenwart. Wir müssen verhindern, dass es auch die Zukunft Millionen Jugendlicher beschränkt. Deshalb sorgen wir dafür, dass trotz der aktuellen Situation Schulabsolventen ihre Ausbildung beginnen und Auszubildende ihre laufende Ausbildung ordentlich beenden können. Mit einem Sonderprogramm für krisenbetroffene kleine und mittlere Unternehmen zahlen wir Übernahmeprämien für Betriebe, die Auszubildende von insolventen Firmen übernehmen und bauen überbetriebliche Strukturen auf, falls eine Ausbildung im Betrieb nicht fortgeführt werden kann. Um neue Ausbildungsplätze zu fördern, erhalten jene Betriebe eine Prämie, die ihr Ausbildungsangebot gegenüber den Vorjahren aufrechterhalten (2000 Euro pro Ausbildungsplatz) oder gar erweitern (3000 Euro).

#Hilfen für die Kultur und Steuererleichterungen für Betriebe

Zur Abmilderung der Corona-Auswirkungen und zur Wiederaufnahme des Angebots stellen wir für den Kulturbereich (u.a. Opern, Theater, Kunstbereich) 1 Milliarde Euro bereit. Mit der verbesserten Grundsicherung haben wir vor allem für Soloselbständige, Künstler*innen und Künstler sowie Freischaffende schnell und unbürokratisch den Lebensunterhalt und die privaten Wohnkosten gesichert. Die Kosten dafür werden befristet ohne umfangreiche Prüfung übernommen. Dieses Verfahren verlängern wir bis Ende September. Ebenfalls setzen wir steuerliche Entlastungen für Firmen in die Tat um. So wird der sogenannte steuerliche Verlustrücktrag erweitert. Betriebe können damit aktuelle krisenbedingte Verluste schon im laufenden Jahr mit Gewinnen aus dem Vorjahr verrechnen - das soll die Liquidität stärken. Damit Unternehmen mehr investieren, verbessern wir die Abschreibungsregeln und das Körperschaftsteuerrecht wird modernisiert.





#Prämie für Elektrofahrzeuge hoch

Abwrackprämie verhindert.

Ich bin sehr froh, dass wir uns als Koalition erfolgreich gegen eine Kaufprämie für abgasarme Benziner und Dieselautos entschieden haben. Als SPD konnten wir deutlich höhere Prämien für Elektroautos durchsetzen. Das bedeutet konkret: Die Förderung des Bundes für die bestehende "Umweltprämie" für E-Fahrzeuge mit einem Nettolistenpreis von bis zu 40.000 Euro steigt von 3000 auf 6000 Euro. Die Prämie beim Neukauf von Elektroautos, Hybridfahrzeugen und Plugin-Hybriden wird somit verdoppelt. Diese Maßnahme ist befristet bis Ende 2021. Die KFZ-Steuer wird künftig stärker an CO₂-Emissionen ausgerichtet sein. Die KFZ-Steuerbefreiung von Elektroautos wird bis 2030 verlängert, bislang galt sie nur bis 2025.

Fazit: Die Prämie beim Neukauf von Elektroautos, Hybridfahrzeugen und Plugin-Hybriden wird verdoppelt.

#Autobranche

wird fit für die Zukunft.

Hierfür soll es eine Förderung für die Hersteller geben: Für Zukunftsinvestitionen der Hersteller und der Zulieferindustrie soll für die Jahre 2020 und 2021 ein "Bonus-Programm" in Höhe von zwei Milliarden Euro aufgelegt werden. Die Autobranche befindet sich in einem Umbruch hin zu alternativen Antrieben, dazu kommt der digitale Wandel. Wir wollen der Autoindustrie dabei helfen, diesen technologischen Wandel erfolgreich zu meistern.

#Mehr Ladestationen für E-Fahrzeuge

Als Koalition beschleunigen wir den Ausbau des Ladenetzes für E-Autos in Deutschland - mit zusätzlichen 2,5 Milliarden. Durch eine Versorgungsaufgabe soll geregelt werden, dass an allen deutschen Tankstellen auch Ladepunkte angeboten werden. Der Aufbau einer öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur (z.B. bei Kitas, Krankenhäusern, Stadtteilzentren, Sportplätzen) wird im Rahmen des Masterplans intensiviert. Zudem wird geprüft, ob die Errichtung von Schnellladesäulen als Dekarbonisierungsmaßnahme der Mineralölwirtschaft behandelt werden kann. Wir investieren ebenso in die Förderung von Forschung und Entwicklung bei der Batteriezellfertigung.

#Milliardenhilfen

für unsere Kommunen!

Über den kommunalen Solidarpakt 2020 freue ich mich besonders, denn wenn man alle Posten im Konjunkturpaket addiert, dann erhalten unsere Städte und Kommunen insgesamt 25 Milliarden Euro aus dem Paket. Die Übernahme der Hälfte der kommunalen Altschulden durch den Bund, wie wir sie als SPD angestrebt haben, war mit dem Koalitionspartner leider nicht zu machen. Die CDU hat die Ansicht vertreten, dass hier nur die Bundesländer zuständig sind. Wir als SPD sind nach wie vor der Überzeugung, dass eine einmalige Entlastung der Altschulden besonders betroffener Kommunen richtig und notwendig ist.

Über unser Konjunkturpaket und im Schulterschluss mit den Ländern gleichen wir die massiven Einnahmeausfälle der Städte und Kommunen bei den Gewerbesteuern aus. Als Bund stellen wir hier allein 5,9 Milliarden über das Paket bereit. Der Bund stockt dauerhaft seinen Anteil der Kosten für die Unterbringung Langzeitarbeitsloser bis zu 75% auf.

Die Kosten der Unterbringung belasten Städte mit vergleichsweise hoher Arbeitslosigkeit sehr stark. Hier schaffen wir Abhilfe.

Durch die Entlastung bei den Kosten der Unterbringung und durch die Hilfe bei den Gewerbesteuerausfällen haben die Kommunen künftig unter dem Strich vier Milliarden Euro mehr in ihren Kassen! Das wirkt sich unmittelbar positiv für die Bürger*innen vor Ort aus.

#Milliardenhilfen

für unsere Kommunen!

2,5 Milliarden fließen künftig in den ÖPNV

Positiv für die Kommunen ist, dass die Bundesländer künftig die Möglichkeit erhalten, den ÖPNV-Unternehmen zum Ausgleich für stark verringerte Einnahmen Beihilfen zu gewähren. Des Weiteren wird der Bund seinen Anteil an den Regionalisierungsmitteln der Länder für das Jahr 2020 erhöhen.

5 Milliarden für Krankenhäuser und Gesundheitsämter

Durch die Covid-19-Pandemie ist uns schmerzhaft bewusst geworden, dass wir unsere Gesundheitsämter dringend besser personell und technisch ausstatten müssen, um künftig an der Basis, in den Kommunen, besser gegen pandemische Bedrohungen vorbereitet zu sein.

Aber auch die Ausstattung der Krankenhäuser soll verbessert werden. Als Regierung legen wir deshalb das „Zukunftsprogramm Krankenhäuser“ auf. Auf diese Weise verbessern wir einerseits unsere Notfallkapazitäten und andererseits fördern wir auch eine bessere digitale Infrastruktur im Gesundheitsbereich. Hierzu zählen auch die Potentiale der Telemedizin und der Robotik.

#Milliardenhilfen

für unsere Kommunen!

Eine Milliarde für die Digitalisierung.

Im Kontext der Digitalisierung der Kommunen wollen wir den Kommunen bei der Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes finanziell unter die Arme greifen. Deshalb unterstützt der Bund Länder und Kommunen finanziell bei dieser Umsetzung. Neben der Beschleunigung der Prozesse der digitalen Verwaltung werden Maßnahmen für die digitale Befähigung von Kommunen und den nachhaltigen Energieverbrauch angestrebt.

Glasfaser- und 5G-Ausbau vorantreiben

Damit der Glasfaser-Breitbandausbau in nicht wirtschaftlichen Bereichen schneller vorangeht, werden wir das Fördersystem entbürokratisieren und weiterentwickeln sowie die notwendigen Mittel dafür bereitstellen. Wir wollen aber den 5G-Ausbau massiv beschleunigen und bis 2025 ein flächendeckendes 5G-Netz in ganz Deutschland aufbauen. Dafür soll die neue Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft des Bundes mit fünf Milliarden Euro ausgerüstet werden. Sobald die Mobilfunkbetreiber in Kürze definiert haben, in welchen Bereichen sie ihre Ausbaupflichtungen erfüllen, wird in den verbleibenden weißen Flecken der Ausbau durch diese Mittel ermöglicht.

9 Milliarden für die

H2-Infrastruktur - Unser Eintritt in das Wasserstoff-Zeitalter!

Der Koalitionsausschuss hat sich nun endlich auch auf die zentralen Punkte einer Nationalen Wasserstoffstrategie verständigt. Die Strategie ist jetzt beschlossene Sache. (siehe Link: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.html>)

Das jetzt präsentierte Zukunftspaket ist insofern ein Treiber für die Nationale Wasserstoffstrategie, die am 10.06.2020 im Kabinett beschlossen wurde. Wir setzen uns als Land das Ziel, die Wasserstoff-Kapazitäten auf fünf Gigawatt bis 2030 aufzubauen. Entsprechend soll aus der Strategie ein konkretes Programm zur Entwicklung von Wasserstoffproduktionsanlagen entwickelt werden. Der Einsatz dieser Technologie kann nun auch in Deutschland im Industriemaßstab demonstriert werden. Bis 2030 sollen industrielle Produktionsanlagen von bis zu 5 GW Gesamtleistung einschließlich der dafür erforderlichen Offshore- und Onshore-Energiegewinnung entstehen. Außerdem planen wir weitere fünf Gigawatt bis 2035. Als Bundestagsabgeordnete für den Landkreis München, wo wir gemeinsam mit den Kreisen Ebersberg und Landshut eine Wasserstoffregion bilden, sind wir ebenso proaktiv tätig. Geplant sind u.a. die Errichtung weiterer H2-Tankstellen sowie die Umrüstung von Fahrzeugen. Das sind dann greifbare Veränderungen, welche die Bürger*innen auch direkt im Landkreis mitverfolgen können. Ich werde mich im Verkehrsausschuss auch intensiv für den Ausbau der H2-Infrastruktur weiter einsetzen.

#Europa stärken: 500 Milliarden für den Wiederaufbau

Es gibt nichts zu beschönigen: Die unabgestimmten Grenzschließungen während der Hochphase der Pandemie haben uns gezeigt, was passiert, wenn die europäischen Absprachen und Regelungen wertlos werden. Neben den kopflosen und unilateralen Handlungen einiger EU-Länder kritisiere ich jedoch auch die EU, die schwach und unvorbereitet auf die Corona-Pandemie reagiert hat. Hier muss in Zukunft dringend nachgebessert werden. Wir brauchen für die Zukunft nicht nur mehr Solidarität und Hilfen in Krisenzeiten (z.B. eine europäische Bevorratung von Schutzmasken), sondern auch Solidarität nach der Krise mit den wirtschaftlich zerrütteten EU-Ländern.

Deutschland und Frankreich haben nun eine gemeinsame Initiative zur weiteren wirtschaftlichen Erholung Europas vorgestellt, die auch die EU-Kommission aufgegriffen hat.

Das Kernstück ist ein Fonds zur wirtschaftlichen Erholung Europas mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro, den wir in unserer Ratspräsidentschaft abschließen wollen.



#Internationale Hilfsprogramme

Die Auswirkungen der Corona Krise sind auch in Entwicklungs- und Schwellenländern dramatisch. Wir werden daher bis Ende 2021 drei Milliarden Euro zusätzlich für die Bekämpfung der Pandemie, humanitäre Hilfe und gesundheitliche Vorsorge bereitstellen

Bela Bach MdB

Für den Landkreis München in Berlin



Kontakt:

bela.bach@bundestag.de

Mitglied im **Verkehrsausschuss**
und **Petitionsausschuss**
Mitglied der **Parlamentarischen
Versammlung des Europarates**

stellvertretendes Mitglied im
Umweltausschuss